

Bürgerhaushalte in Berlin Stand der Umsetzung Juni 2005

Zusammengestellt von Dr. Petra Brangsch



Rosa-Luxemburg-Stiftung –Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.
Franz-Mehring-Platz 1 10243 Berlin
Kontakt: Dr. Lutz Brangsch, Bereich Politische Bildung
Tel. 030 44310 221 Fax 030 44310 222
info@partizipativerhaushalt.de
www.rosalux.de

Inhalt

Inhalt.....	3
1. Die Landesebene	4
2. Die Bezirksebene	6
Charlottenburg-Wilmersdorf	6
Friedrichshain-Kreuzberg	8
Lichtenberg.....	9
Marzahn-Hellersdorf	12
Mitte.....	13
Pankow.....	14
Treptow-Köpenick.....	14

1. Die Landesebene

Der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus ist es zu verdanken, dass das Thema »Bürgerhaushalt« zu einem fraktionsübergreifenden Thema und seit Anfang 2003 auch zu einem Schwerpunkt der Senatspolitik geworden ist.

Mit der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und PDS haben sich beide Parteien und Fraktionen zu einer Neuausrichtung der Verwaltungsmodernisierung für die gesamte Berliner Verwaltung bekannt: Der Umbau der Berliner Verwaltung zu einer bürgernahen Dienstleistungsverwaltung hin zur Bürgerkommune. Zur Erreichung dieses politischen Schwerpunktvorhabens hat der Senat am 1. April 2003 einen Masterplan (Neuordnungsaagenda 2006) der alle wichtigen politischen Projekte und Vorhaben enthält, die den öffentlichen Sektor Berlins strukturell verändern. Die **Neuordnungsaagenda** umfasst über 50 Projekte und Vorhaben, ist Teil der Finanzplanung von Berlin von 2003 bis 2007 und damit Teil des Sanierungsprogramms des Landes Berlin. Zur Neuordnungsaagenda gehört auch das Projekt „**Partizipative Haushaltsplanaufstellung, -entscheidung und -kontrolle** im Bezirk Lichtenberg“ an dem sich der Bezirk Marzahn-Hellersdorf ebenfalls beteiligt. Ziel des Projektes ist die Schaffung von Voraussetzungen für eine partizipative Haushaltsplanaufstellung einschließlich der Beschlussfassung und eine entsprechende Kontrolle für die Aufstellung des Bezirkshaushaltsplanes 2006 in enger Kooperation mit der Senatsverwaltung für Finanzen. Der Bezirk muss über den Stand der Erfüllung des Projektes halbjährlich dem Senat und dem Verwaltungsreformausschuss des Abgeordnetenhauses von Berlin berichten.

In Auswertung des Evaluationsberichtes zum Quartiersmanagement hat der Senat eine eigene Bewertung vorgenommen und konkrete Schlussfolgerungen zur weiteren Umsetzung des Quartiersmanagements in Berlin gezogen: „Die Einbeziehung der Bewohner in den Prozess der Quartiersentwicklung und ihre Aktivierung zur Beteiligung und Verantwortungsübernahme für ihren Stadtteil ist eines der Hauptanliegen des Quartiersmanagementverfahrens. Die positiven Erfahrungen des Quartiersfonds und mit dem damit verbundenen Juryverfahren haben gezeigt, dass sich Bewohner dann engagieren, wenn sie ein konkretes Mitspracherecht bei Entscheidungen erhalten, die ihre unmittelbare Lebensumwelt betreffen. Die im Rahmen des zeitbefristeten Pilotprojektes „Quartiersfonds“ entstandene Beteiligungsbereitschaft der Jurymitglieder geht jedoch nicht verloren: Die in der Quartiersfondsmitarbeit entstandenen Aktivierungs- und Beteiligungspotenziale werden stattdessen weiter auf-

gegriffen und in die vielfältigen lokalen Mitwirkungsverfahren in den Gebieten einbezogen. Diese Ansätze sind...weiterzuentwickeln. Dabei sind auch die derzeit auf Bezirksebene diskutierten strategischen Ansätze der Sozialraumorientierung (in Verbindung mit Sozialraumbudgets) und des „**Bürgerhaushaltes**“ einzubeziehen... Der Senat strebt mit den Bezirken, den QM-Teams, den Stadtteilbeiräten, weiteren relevanten Akteuren aus den Stadtteilen / QM-Gebieten und in Zusammenarbeit mit dem Fachforum Partizipation der Lokalen Agenda 21 die Entwicklung von Formen der Bürgerentscheidung im Wohngebiet hin zu Bürgerhaushalten an. Der Senat beauftragt ein Team entsprechende Vorschläge bis spätestens zum 31. Dezember 2004 vorzulegen.“ (Drs 15/2740)

Im Juli 2004 hat der Senat einen Bericht über **Bürgerschaftliches Engagement** in Berlin - Ehrenamtsbericht – vorgelegt, in dem die **partizipative Haushaltsplanaufstellung** (Bürgerhaushalt) als ein wichtiger Aspekt für freiwilliges bürgerschaftliches Engagement dargestellt wird. (Drs 15/1374)

Anfang November 2004 hat der Senat dem Abgeordnetenhaus einen vom Agenda-Forum erarbeiteten Entwurf einer **Berliner Lokalen Agenda 21** zur Kenntnisnahme und mit der Empfehlung vorgelegt, der inhaltlichen Bewertung durch den Senat zuzustimmen.

Bestandteil des Handlungsfeldes Partizipation soll die „**Partizipative Haushaltsaufstellung**“ („Bürgerhaushalt“) sein: „Der Senat teilt die Auffassung des Agendaforums, dass modellhaft Wege zu einer Stärkung der Bürgerbeteiligung im Prozess der Haushaltsaufstellung erprobt werden sollten. Der Senat wird die Transparenz und Lesbarkeit des Haushaltes des Landes sowie der Bezirke schrittweise verbessern. Im Rahmen der Kosten-Leistungsrechnung werden die Bezirke ihre Haushalte für 2005 voll-ständig produktorientiert abbilden können (ohne Transferleistungen). Formal ist der Haushalt des Landes Berlin 2004 produktorientiert dargestellt (Band 5: Produktorientierte Darstellung des Haushaltsplans 2004/2005) und im Internet einsehbar.“

Der Senat hat das Projekt „Partizipative Haushaltsaufstellung – „Bürgerhaushalt“ in die Neuordnungagenda des Landes Berlin aufgenommen und unterstützt das Vorhaben mehrerer Pilotbezirke sowie einer von der Bundeszentrale für politische Bildung koordinierten Plattform aller politischen Stiftungen, Bürgerbeteiligung bei der Aufstellung der Bezirks Haushalte zu realisieren. Bei der partizipativen Haushaltsaufstellung kann an positive Erfahrungen mit den Beteiligungsverfahren im Zusammenhang mit den „Quartiersfonds“ angeknüpft werden.“ (Drs 15/3245)

2. Die Bezirksebene

In sieben von zwölf Berliner Bezirken mit einer Bevölkerung, die zwischen 240.000 und 320.000 Einwohner/innen schwankt, gibt es Initiativen oder Anträge in den Bezirksverordnetenversammlungen bzw. laufen direkte Vorbereitungen zur Umsetzung von mehr Transparenz und direkter Beteiligung der Bürger/innen bei der Haushaltsplanaufstellung

Charlottenburg-Wilmersdorf

Aus Anlass der Teilnahme an einer Dialogveranstaltung mit Gästen aus Porto Alegre zum Thema: „Von Brasilien nach Berlin – wie viel Bürgerhaushalt ist möglich?“ am 25. Mai 2003 hat sich Monika Thiemen, Bürgermeisterin von Charlottenburg-Wilmersdorf, zum Bürgerhaushalt wie folgt geäußert: „In der Berliner Senatsverwaltung gibt es Zentralisierungsbestrebungen, durch die die Bezirksämter weiter entmündigen würden, wenn sie realisiert würden. Umgekehrt gibt es Versuche, mehr Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den kommunalen Entscheidungen zu erreichen. Die südbrasilianische Stadt Porto Alegre ist zu einem weltweit beachteten Beispiel für die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger, die im Sinne eines Bürgerhaushalts über die Investitionen ihrer Gemeinde mitentscheiden. Gerade in dieser Zeit der Finanzkrise sollten wir offen dafür sein, von anderen zu lernen. In Berlin haben wir mit Zentralisierungsprojekten häufig schlechte Erfahrungen gemacht. Eine stärkere demokratische Beteiligung an Entscheidungen ist nicht nur ein Gewinn für unsere demokratische Ordnung, sondern sie erhöht nach unserer Erfahrung auch die Qualität von Entscheidungen. Fehlinvestitionen können vermieden werden, wenn die betroffenen Bürgerinnen und Bürger an den entsprechenden Entscheidungen beteiligt werden.“

Im August 2003 hat die FDP in die BVV einen Antrag eingebracht, mit dem das BA ersucht, ähnlich dem Projekt "Bürgerhaushalt" des Bezirks Mitte den Haushalt des Bezirks anschaulich im Internet darzustellen. Anfang Dezember 2003 brachte die Bezirksverordneten der PDS einen Antrag ein, mit dem Ziel, dass sich die BVV Charlottenburg-Wilmersdorf für eine partizipative Haushaltsplanaufstellung (Bürgerhaushalt) aussprechen sollte und das BA beauftragt werden sollte, langfristig die nötigen Schritte vorzubereiten, damit der Haushaltsplan für das Jahr 2006 partizipativ aufgestellt werden kann.

In der BVV im April wurde dann ein Antrag der CDU angenommen, mit dem das BA aufgefordert wird, eine verständliche Darstellung über die

Verfahren bezirklicher Haushaltsplanaufstellungen für die Bürgerinnen und Bürger des Bezirks zu entwerfen und die jeweiligen Bezirkshaushalte nach In-Kraft-Treten in den wesentlichen Elementen verständlich und transparent darzustellen. Dabei sollen die Darstellungen im Internet und in geeigneter Weise in gedruckter Form veröffentlicht werden. Ferner soll die Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger des Bezirkes gegenüber dem Bezirksamt eingeräumt werden, Anregungen zur Haushaltsplanaufstellung zu geben, um damit zur Entwicklung des Bezirks, zur Konsolidierung des Haushalts und zur Modernisierung der Verwaltung beizutragen. Nachdem sich der Finanzausschuss bereits Anfang des Jahres 2004 mit Fragen des Bezirkshaushaltes befasst und sich insbesondere mit den Erfahrungen aus dem Bezirk Mitte auseinandergesetzt hatte, hat er im November 2004 erneut Fragen des Bürgerhaushaltes und einer möglichen Umsetzung in Charlottenburg-Wilmersdorf diesmal in Auswertung der Erfahrungen des Bezirkes Lichtenberg diskutiert.

Ein Ergebnis dieses Diskussionsprozesses ist die Einreichung eines gemeinsamen Antrages der Fraktionen der CDU und der Bezirksverordneten der PDS zum Bürgerhaushalt. Mit dem Antrag unterstützt die BVV das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf in seinem Bestreben - gerade auch in Zeiten mit angespannter Haushaltslage - durch eine produktive Auseinandersetzung über den kommunalen Haushalt ein neues Gemeinschaftsverständnis zwischen Bürgerschaft, Bezirksamt und BVV zu fördern. Ziele, die in diesem Antrag formuliert werden sind:

- für die Bürgerinnen und Bürger im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf Transparenz über den Haushalt und das Verfahren der Haushaltsaufstellung zu schaffen und die Lesbarkeit des Haushaltes zu steigern;
- die einzelnen Bürgerinnen und Bürger in Charlottenburg-Wilmersdorf konkreter als bisher in die kommunalpolitische Entscheidungsfindung bei der Haushaltsaufstellung einzubeziehen und sie daran zu beteiligen, um so den Dialog zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Bezirksamt und BVV zu fördern, ohne Verantwortlichkeiten zu verschleiern;
- durch die Einbeziehung der Bürgerschaft zusätzliche Entscheidungshilfen für das Bezirksamt und die BVV bei der Haushaltsaufstellung zu gewinnen und anzuwenden.

Mit dem Antrag wird das Bezirksamt aufgefordert, der BVV ein gestuftes Verfahren für eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der bezirklichen Haushaltsaufstellung vorzustellen und dabei folgende Rahmenbedingungen zu beachten:

- Eine Haushaltsaufstellung erfolgt unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger

- Eine Rechenschaftslegung erfolgt darüber, in welchem Umfang die Anregungen und Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger bei der Haushaltsfestsetzung einbezogen werden konnten.

Dabei wird empfohlen, ein Projekt Bürgerhaushalt im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf schrittweise umzusetzen. Sichergestellt sein muss auch, dass auf Grund der gewonnenen Erfahrungen die Instrumente eines Bürgerhaushaltes angepasst werden können.

Ein weiteres Ergebnis des Diskussionsprozesses zum Bürgerhaushalt in Charlottenburg-Wilmersdorf ist die Befragung der Bürgerinnen und Bürger über Prioritäten in der Investitionsplanung für die Jahre 2008-2009. Bei der Befragung konnten die Bürgerinnen und aus insgesamt 56 Maßnahmen bis zu drei Favoriten auswählen. Insgesamt haben 160 Bürgerinnen und Bürger an der Befragung teilgenommen. Das Ergebnis der Befragung - die Vorschläge (die drei Favoriten) - wurde ist in die Investitionsplanung eingeflossen. Dabei handelt es sich nach der Priorität geordnet um folgende Maßnahmen:

- Errichtung eines behindertengerechten Aufzuges im Haus der Volkshochschule
- Neubau von Parkwegen, einschließlich der Uferböschung im Lietzenpark
- Neubau eines Spielplatzes und der Parkwege in der Gerhard-Hauptmann-Anlage.

Friedrichshain-Kreuzberg

Im August 2003 hat die PDS-Fraktion zwei Anträge in die BVV eingebracht. Mit diesen Anträgen wird das BA beauftragt, zum Einen den Bezirkshaushalt 2004 in geeigneter Form zu veröffentlichen – bürgernah, verständlich an Problemen, bürgerrelevanten Angeboten erläutert. Dafür sollen die Erfahrungen anderer Bezirke – z.B. hinsichtlich der Darstellung im Internet – herangezogen werden. Zum Anderen soll das BA gegenüber dem Rat der Bürgermeister die Bereitschaft signalisieren, sich an dem Berlin weitem Projekt „Bürgerhaushalt“ zu beteiligen zu wollen. Der Haushaltsausschuss hat sich in mehreren Sitzungen mit dem Thema Bürgerhaushalt befasst und im Juni 2004 eine Arbeitsgruppe „Bürgerhaushalt“ – bestehend aus Mitgliedern aller Fraktionen – gebildet. Die Arbeitsgruppe befasst sich vorerst mit der transparenten Darstellung des Bezirkshaushalts. Dabei geht es insbesondere um eine für die Bürger/innen verständliche und sie zur Beteiligung an der Diskussion über den Haushalt motivierende Art und Weise der Darstellung.

Die Hauptversammlung der PDS Friedrichshain-Kreuzberg hatte sich am 24.01.2004 in einem Beschluss über „Politische Aufgaben der PDS Friedrichshain – Kreuzberg für die Jahre 2004/2005“ für den Bürgerhaushalt ausgesprochen: „Die PDS tritt für Demokratisierung, für stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen ein. Anknüpfend an die Beschlüsse des Landesparteitages zum Projekt Bürgerkommune setzen wir uns daher dafür ein, dass ein Beteiligungsverfahren für die Aufstellung des Bezirkshaushaltes 06/07 entwickelt wird.“

Lichtenberg

Für das Jahr 2007 soll erstmalig in Lichtenberg ein Bürgerhaushalt aufgestellt werden. Das Bezirksamt von Lichtenberg hat am 19. August 2003 einstimmig – alle Dezernenten aller Parteien - beschlossen, ein Projekt zur partizipativen Haushaltsaufstellung durchzuführen und dieses für die Berliner Reformagenda vorgeschlagen. Der Rat der Bürgermeister hat dieses bezirkliche Projekt in die Reformagenda des Senats aufgenommen. Eine Umsetzung des Projektes erfolgt gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Finanzen. Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf beteiligt sich an diesem Pilotprojekt. Beide Bezirke streben an, gemeinsam mit den Bezirksverordneten und interessierten Bürgern ein Modell der partizipativen Haushaltsaufstellung zu entwickeln und umzusetzen. Für die Einführung des partizipativen Haushalts wurden Mittel vom Senat bewilligt, um den Prozess professionell vorzubereiten und zu begleiten. In Lichtenberg ist das Projekt Bürgerhaushalt eingebettet in eine bezirkliche Strategie, die die Entwicklung des Bezirkes Lichtenberg zu einer Bürgerkommune zum Ziel hat. Bestandteil dieser Strategie sind auch:

- Aufbau und Qualifizierung eines Stadtteilmanagement in fünf Stadtteilen
- Schaffung von Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement in Wohnquartieren
- Umstrukturierung der sozio-kulturellen Zentren
- Pilotprojekte zu Gender Mainstreaming und Gender Budgeting

Auf Beschluss des BA und der BVV wurde mit dem Aufbau eines Stadtteilmanagements begonnen. In fünf Stadtteilen wurden Stadtteilmanagerinnen eingesetzt, die u.a. die Aufgabe der Bewohneraktivierung, der Koordinierung und Vernetzung aller lokalen Akteure und Projekte haben. Die Besonderheit in Lichtenberg besteht darin, dass das Stadtteilmanagement nicht als Reaktion auf Fehlentwicklungen (sozialen Verwerfungen) in Quartieren – wie es in der Regel der Fall ist – eingerichtet wurde. Es soll in erster Linie dazu beitragen, das Verhältnis von Bürger-Politik-

Verwaltung grundlegend umzugestalten, eine Demokratisierung von kommunalen Entscheidungen, d.h. Beteiligung und direkte Einflussnahme von Bürgerinnen und Bürgern an und auf Politik ermöglichen. Bewohnerinnen und Bewohnern des Bezirkes sollen sich aktiv in die Gestaltung ihres Umfeldes einbringen können. Dabei ist der Haushalt ein wesentlicher Teil.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist auch die Schaffung von Rahmenbedingungen für Selbstorganisation von Bürgerinnen und Bürgern durch Politik und Verwaltung. So unterstützt das BA den Aufbau und die Arbeit von Bürgervereinen und Kiezbeiräten. Inzwischen gibt es in Lichtenberg 18 solcher Kiezbeiräte, die für Verwaltung und Politik erste Ansprechpartner sind.

Nach Beschlussfassung über eine partizipative Haushaltsaufstellung ab 2006 hat das BA eine Vielzahl von Diskussionen geführt, die letztlich in eine BA-Klausur mündeten. Auf der Klausur hat man sich über grundsätzliche Fragen und das weitere Vorgehen, einschließlich erster Überlegungen für ein mögliches Verfahren, zur Umsetzung des Projektes „Bürgerhaushalt verständigt. So ist das BA zu dem wichtigen Schluss gekommen, dass der gesamte Produkthaushalt, die Investitionen und der T-Teil (Schwerpunkt freiwillige Leistungen) mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutiert werden sollte. Darüber hinaus sollen im Rahmen der transparenten Darstellung des Bezirkshaushaltes auch die Mittel, die der Bezirk einwirbt (Sonderprogramme, EU) dargestellt und erläutert werden, um schrittweise Finanzierungsstrukturen und -quellen offen legen und in die Diskussion stellen zu können.

Die Entscheidung, den gesamten Produkthaushalt zur Diskussion zu stellen, gründet sich auf die Tatsache, dass Produkte Ergebnisse der Arbeit der Bezirksverwaltung sind, die von den Bürger/innen nachgefragt werden. Des weiteren sind den Produkten alle wesentlichen Daten zugeordnet, so dass insbesondere über sie eine breite Diskussion zu Qualitätsfragen möglich wird. Gerade in Zeiten knapper Haushaltsmittel ist die Frage nach der Qualität der Leistungsangebote und der dafür eingesetzten Mitteln von hoher Relevanz. Außerdem führt der öffentliche Dialog über die Qualität der Angebote davon weg, dass Verwaltung bestimmt was für Bürgerinnen und Bürger gut ist. Bürgerinnen und Bürger können ihre Ansprüche selber formulieren. Der Vorteil einer solchen Herangehensweise besteht darin, dass diese Diskussion vor dem Aufstellen des Eckwertebeschlusses über den Bezirkshaushalt mit den Bürgerinnen und Bürgern geführt werden kann und auch geführt werden muss. Die Konsequenz daraus wäre allerdings, dass die Senatsverwaltung für Finanzen den Bezirken weitaus früher als bisher die Vorgaben übermittelt.

In Vorbereitung auf die Umsetzung des Projektes wurden im Bezirksamt mit den Fraktionen Diskussionen und Workshops durchgeführt. So fand z.B. am 8. Mai 2004 ein Workshop mit allen Mitgliedern der BVV und des BA statt. Hier standen insbesondere Fragen der transparenten Darstellung des Bezirkshaushaltes, möglicher Beteiligungsverfahren sowie der weiteren Untersetzung von Vorstellungen der Diskussion des gesamten Produkthaushaltes mit der Bevölkerung im Mittelpunkt der Diskussion. Im Ergebnis einigte man sich darauf, dass die Bürger/innen über ca. 10% des Produkthaushaltes selbst Prioritäten für die Verteilung der Mittel setzen sollten. Wobei im Beteiligungsverfahren selber natürlich der gesamte Haushalt transparent gemacht und diskutiert werden soll. Hinsichtlich des Beteiligungsverfahrens wird eine Kombination von dezentralen (Stadtteil-, Quartiersebene etc.) Formen der Bürger/innenbeteiligung mit zentralen (bezirklichen) Konferenz präferiert.

Inzwischen hat sich eine Arbeitsgruppe Bürgerhaushalt, in der alle Fraktionen, Beschäftigte der Verwaltung und Bürger/innen vertreten sind, gebildet. In einem ersten Schritt werden durch die Arbeitsgruppe Informationsmaterialien für Bürger/innen zum Haushalt und die transparente Darstellung des Haushalts vorbereitet. Vorgesehen ist die Veröffentlichung des Haushaltes 2005 im Internet und über Printmedien. Letzteres wurde mit der Herausgabe einer Beilage zum Lichtenberger Bezirksblatt in der Novemberausgabe begonnen. Im 2. Halbjahr 2004 hat es mehrere Infoveranstaltungen mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern gegeben. Darüber hinaus wurden Anfang September 2004 die Ergebnisse der bisherigen Arbeit auf einem dreitägigen Workshop (Veranstalter ist die Plattform – die Bundeszentrale für politische Bildung und alle parteinahen Stiftungen) vorgestellt und insbesondere unter der Fragestellung „Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für Berlin – für die Gesamtstädtische Ebene - für Politik, Verwaltung und Bürgerschaft und was sind die nächsten Schritte?“ diskutiert.

Nach ausführlicher Debatte in den Fraktionen hat die Bezirksverordnetenversammlung im Oktober 2004 einen Beschluss gefasst, mit dem die BVV ihre Unterstützung für das Projekt „Bürgerhaushalt“ bekundet und das Bezirksamt beauftragt wird, ein Bürgerbeteiligungsverfahren zu entwickeln. Gleichzeitig wurde ein Beschluss über weitere Verfahrensschritte und die Bildung bezirklicher Gremien zur Umsetzung des Bürgerhaushaltes gefasst. Diese Gremien sind das Lenkungsgremium (bisherige Arbeitsgruppe Bürgerhaushalt), paritätisch besetzt und bestehend aus Bezirksamtsmitgliedern, Vertreter/innen aus der BVV und der Verwaltung sowie das Projektteam, das aus Bürger/innen und Mitarbeiter/innen aus der Verwaltung besteht. Aufgabe des Lenkungsgremiums ist es Ent-

scheidungen für das Bezirksamt vorzubereiten. Das Projektteam ist ein Arbeitsgremium, das für das Lenkungsgremium Entscheidungsvorlagen erarbeitet. So hat es z.B. einen Vorschlag für ein Beteiligungsverfahren erarbeitet, der im April 2005 im Lenkungsgremium und danach im Bezirksamt sowie Ende Mai 2005 in der BVV beschlossen wurde. Darüber hinaus wurde beschlossen, die große Auftaktveranstaltung (zentrale Einwohnerversammlung) am 24. September 2005 durchzuführen und damit das offizielle Beteiligungsverfahren zu eröffnen. Der Beteiligungsprozess wird Mitte Januar 2006 abgeschlossen sein.

Bereits im November 2003 hatte die Hauptversammlung der PDS Lichtenberg einen Beschluss zur Bürgerkommune Lichtenberg gefasst. Bestandteil des Beschlusses ist auch die Umsetzung eines Bürgerhaushaltes im Bezirk. Im Beschluss heißt es dazu: „Bürgerhaushalt des Bezirks heißt für uns neben der rechtzeitigen Einbeziehung der Bürgerschaft vor allem, ihr Rechte zu übertragen, unabhängig von Bezirksamt und Verwaltung zu entscheiden, was, wo und in welchem Umfang zum Wohle des Bezirks, eines Stadtteils oder eines Kiezes im Rahmen der Haushaltsmöglichkeiten zu tun ist. Wir werden uns dafür einsetzen, dass viele Einwohnerinnen und Einwohner - und nicht nur bestimmte Interessengruppen und „Beteiligungseliten“ - an der Entwicklung des Bürgerhaushaltes interessiert und in den Prozess einbezogen werden. Wir werden an einer Ziel- und Aufgabenkritik teilnehmen, um die Interessen der Lichtenbergerinnen und Lichtenberger zu verankern. Wir werden die Anstrengungen des Bezirksamtes/der Bezirksbürgermeisterin unterstützen und erwarten eine rechtzeitige Einbeziehung des Bezirksverbandes und der Basisorganisationen in diesen Prozess.“ Seit diesem Beschluss arbeitet der Bezirksverband der PDS intensiv an dessen Umsetzung. So hat die PDS Lichtenberg zahlreiche Informationsveranstaltungen zum Bürgerhaushalt durchgeführt und im I. Quartal 2005 Interessierte für die Umsetzung des Bürgerhaushaltes gewonnen.

Marzahn-Hellersdorf

Der Bezirk hat ebenso wie der Bezirk Lichtenberg die Bereitschaft erklärt, sich an dem Projekt „Partizipative Haushaltsplanaufstellung“, das gleichzeitig ein Projekt der Berliner Neuordnungsagenda ist und aus Landesmitteln finanziert wird, zu beteiligen. Am 8. Dezember 2003 hatte das Bezirksamt zu einer ersten Veranstaltung zur Thematik des „Partizipativer Haushalt“ eingeladen. Anliegen der Veranstaltung war es v.a. die Dezernenten, die Bezirksverordneten und sachkundigen Bürger/innen mit dem Thema vertraut zu machen und in diesem Zusammenhang offene Fragen zu diskutieren.

Im Januar 2004 hatte die CDU-Fraktion einen Antrag zu „Partizipativer Haushalt – Transparenz über Kosten und Ziele“ eingebracht, der von der BVV im Februar 2004 beschlossen wurde. Mit dem Antrag wurde das Bezirksamt ersucht, schriftlich darzustellen, welche konkreten Aktivitäten es bisher seitens des Bezirksamtes für die Umsetzung eines „partizipativen (Bürger-) Haushalt“ im Bezirk gebe, welche Kosten dadurch entstanden sind bzw. noch entstehen sowie welche den Haushalt betreffenden Ziele und Wirkungen das Bezirksamt mit einem „partizipativen (Bürger-) Haushalt“ anstrebt.

Im April 2004 ist eine Arbeitsgruppe "Bürgerhaushalt" im Bezirksamt gebildet worden. Aufgabe der Arbeitsgruppe, die der Leiter der Organisationseinheit Finanzen leitet, ist es ein Gesamtkonzept zum Bürgerhaushalt zu entwickeln, das dann in allen Fraktionen und im Bezirksamt diskutiert werden soll. Inzwischen liegt das Konzept vor und die Diskussion dazu wurde abgeschlossen. Anfang Dezember 2004 hat die BVV ein Konzept zur partizipativen Haushaltsplanaufstellung, -entscheidung und -kontrolle beschlossen. Es sieht vor, dass der Bürgerhaushalt zunächst in drei Stadtteilen (Marzahn-Nord, Hellersdorf-Süd, Biesdorf) umgesetzt wird.

Mitte

Im Sommer 2003 hat der Bezirk Berlin-Mitte den Entwurf seines Doppelhaushaltes 2004/2005 im Internet dargestellt. Die Bürgerinnen waren aufgerufen, Vorschläge zum Haushalt zu unterbreiten. Mittlerweile hat die Bezirksverordnetenversammlung den Entwurf verabschiedet. Die transparente Darstellung und Diskussion des Haushaltsentwurfs soll bei der nächsten Aufstellung erneut durchgeführt und verbessert werden. Dieses Vorhaben wurde als Referenzprojekt von einer Plattform unterstützt, die die AG Bürgerhaushalt Berlin gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung mit allen parteinahen Stiftungen initiiert hat (Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Rosa-Luxemburg-Stiftung). Die Plattform führte hierzu einen ersten Workshop am 10. Dezember 2003 durch. Der Bezirk Mitte ist Mitglied des europäischen Netzwerks URB AL.

Die PDS-Fraktion hat im Dezember einen Antrag eingereicht, in der sie das BA auffordert, der BVV Vorschläge zur unmittelbaren Beteiligung der Bürger/innen an Entscheidungen über die Verwendung der Haushaltsmittel zu unterbreiten und in einer Großen Anfrage wurde das BA befragt, welche abschließenden Ergebnisse die Internetpräsentation des

Haushaltsplanentwurfes 2004/2005 gebracht hat und wie das BA die Ergebnisse bewertet.

Seit Dezember 2003 hat sich in Mitte einiges getan. Es wurden zwei Arbeitsgruppen gebildet, in denen Politik, Verwaltung und Bürger/innen vertreten sind. AG 1 befasst sich mit der Frage „Transparenter Haushalt“: Wie kann der Haushalt so dargestellt werden, dass er verständlich für Bürgerinnen und Bürger ist und sie zu einer Diskussion über ihn motiviert? Es werden in einem ersten Schritt die Darstellung des Bezirkshaushaltes im Internet qualifiziert und eine Broschüre zum Bezirkshaushalt erarbeitet. Dabei finden Erfahrungen und Konsequenzen, die sich aus der ersten Präsentation und Diskussion zum Bezirkshaushalt ergeben haben, eine wichtige Rolle. Unter dem Motto „Haushalt im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern“ wird dann im September 2004 der Bezirkshaushalt in das Internet gestellt und erneut die Diskussion mit der Bevölkerung eröffnet. Die Information der Bevölkerung über die Eröffnung der Diskussion erfolgt u.a. über die Verschickung der Lohnsteuerkarten. AG 2 befasst sich mit Fragen der Öffentlichkeitsarbeit und möglichen Beteiligungsverfahren.

Im Sommer 2004 hat das Bezirksamt Mitte mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung einen Kooperationsvertrag abgeschlossen. Bestandteil des Kooperationsvertrages ist die Umsetzung des Bürgerhaushaltes in fünf Quartiersmanagementgebieten. Dabei sollen insbesondere Erfahrungen aus der Arbeit der Quartiersjury genutzt werden.

Pankow

Die CDU-Fraktion hatte im November 2003 einen Antrag „Gläserner Haushalt / Transparenz im Internet“ in die BVV eingebracht, der im Haushaltsausschuss weiter qualifiziert und in der BVV im März 2004 einstimmig in der BVV angenommen wurde. Ähnlich wie in anderen Bezirken geht es hier insbesondere um eine für die Bürger/innen verständliche Aufbereitung des Bezirkshaushaltes.

Treptow-Köpenick

In Treptow-Köpenick hat die PDS-Fraktion im Oktober 2003 einen Antrag in die BVV eingebracht, mit dem das BA ersucht wird, den Bezirkshaushalt 2004/2005 im Internet zu veröffentlichen. Der Antrag wurde im November 2003 in geänderter Fassung durch die BVV beschlossen. Anfang Dezember befasste sich der Haushaltsausschusses unter Beteiligung des Bürgermeisters und der AG Bürgerhaushalt Berlin mit dem Thema „Bürgerhaushalt“. Ein Ergebnis der Diskussion ist der Auftrag an die

Verwaltung, den Bezirkshaushalt verständlich für Bürgerinnen und Bürger aufzubereiten. Erste Entwürfe liegen vor. Der Ausschuss hat sich mit eigenen Vorstellungen in die Diskussion der Entwürfe eingebracht. Im Herbst (November/Dezember 2004) erfolgt die Veröffentlichung sowohl im Internet als auch als Broschüre. Der Bürgermeister steht hinter der Idee des Bürgerhaushaltes und beabsichtigt gemeinsam mit der Bertelsmannstiftung die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Diskussion des Bezirkshaushaltes für das Jahr 2006, d.h. den Bezirkshaushalt 2007, vorzubereiten.

Anfang Juni 2005 beginnend werden Einwohnerinnen und Einwohner für den gesamten Doppelhaushalt 2006/2007 in Entscheidungen einbezogen werden. 1800 Bürgerinnen und Bürger waren nach dem Zufallsprinzip angeschrieben worden, 60 haben sich bisher gemeldet. Diese sind nun für den 4. Juni 2005 zur Diskussion mit dem Bürgermeister – Dr. Klaus Ulbricht (SPD) -, mit Stadträten, Verwaltungsmitarbeiter/innen und Bezirksverordneten zur Diskussion eingeladen. Sie können in einer ersten Runde Vorschläge zum Eckwerte-Entwurf des Bezirksamtes äußern, der ihnen vorliegt. Am 17. Juni erfolgt die Diskussion mit Vereinen, Verbänden und Bürgervertretungen. Dort werden die Vorschläge der "Zufallsbürger" bereits einfließen. In Treptow-Köpenick sollen die Bürger jedoch noch nicht für 2006/2007 eigenständig über bestimmte Summen entscheiden können.